



Stellungnahme zur Revision der Verordnung über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten (TabPV)

An: Eidgenössisches Departement des Innern EDI / Bundesamt für Gesundheit BAG

Datum: 17. Februar 2026

Absender: World Vapers' Alliance (WVA)

1. Einleitung: Das Kernproblem der regulatorischen Gleichbehandlung

Die [World Vapers' Alliance \(WVA\)](#) dankt für die Möglichkeit zur Stellungnahme. Das grundlegende Problem des vorliegenden Entwurfs ist die systematische **regulatorische Gleichbehandlung** von hochriskanten Verbrennungsprodukten wie der Zigarette und risikoarmen Alternativen wie E-Zigaretten und Nikotinpouches. Indem der Bundesrat die E-Zigarette rechtlich und physisch fast identisch wie die Tabakzigarette behandelt, verkennt er die [wissenschaftliche Risikohierarchie](#) und zementiert den Status quo des Rauchens. Eine wirksame Gesundheitspolitik muss zwischen Verbrennung und Verdampfung differenzieren, statt beide unter dem Deckmantel der Prävention gleichzuschalten.

2. Detaillierte Kritik der Gleichbehandlungs-Fehler

I. Gleichbehandlung in der Presse: Die unerreichbare 98%-Hürde:

Der Entwurf legt für E-Zigaretten dieselben extremen Werbebeschränkungen fest wie für Tabakprodukte, indem er eine Leserschaft von mindestens 98 % Erwachsenen fordert. Da diese Quote für allgemeine Medien kaum nachweisbar ist, werden E-Zigaretten faktisch aus dem Informationsfeld erwachsener Raucher verbannt. Diese Gleichbehandlung verhindert, dass Umstiegswillige über ihre gewohnten Kanäle von schadensminimierenden Alternativen erfahren.

II. Ungleichbehandlung zulasten der Alternative: Hürden beim Online-Zugang:

Während Zigaretten im stationären Handel mit minimalen Barrieren verfügbar sind, werden für E-Zigaretten im Internet Identifikationsstandards der Vertrauensstufe 3 gefordert. Diese „digitale Reibung“ führt dazu, dass der Zugang zum risikoarmen Produkt online deutlich schwieriger ist als der Kauf von Tabakzigaretten am Kiosk. Hier wird die E-Zigarette sogar strenger behandelt als das weitaus gefährlichere Verbrennungsprodukt.

III. Gleichbehandlung beim Sponsoring:

Die Verordnung behandelt das Sponsoring von E-Zigaretten exakt wie das von Tabak, indem sie blickdichte „Bunker-Zonen“ ohne Sichtbarkeit von außen vorschreibt. Diese organisatorische Hürde macht Sponsoring für die Vape-Branche ökonomisch unmöglich und drängt die Alternative in dieselbe „Schmuddelecke“ wie den Tabak. Damit wird die Chance vertan, die E-Zigarette im öffentlichen Raum als modernes Ausstiegswerkzeug für Erwachsene zu positionieren.



IV. Gleichbehandlung bei Warnhinweisen:

Indem die Verordnung für E-Zigaretten identische Warnhinweisgrößen (50 %) und starre Layouts wie für Tabak vorschreibt, suggeriert sie dem Konsumenten fälschlicherweise ein identisches Risiko. Diese physische Gleichbehandlung auf der Verpackung lässt keinen Raum für sachliche Informationen, die das Produkt von der tödlichen Tabakverbrennung unterscheiden würden. Der Staat nutzt die Verpackungsfläche, um eine wissenschaftlich nicht haltbare Gleichwertigkeit der Gefahren zu erzwingen.

V. Fiskalische Gleichschaltung: Strafsteuer für Einweg-E-Zigaretten:

Die geplante Steuer von 1,00 CHF pro ml für Einweg-Systeme gegenüber 0,25 CHF pro ml für Nachfüllflüssigkeiten ignoriert die Funktion dieser Produkte als niederschwellige Einstiegshilfe. Eine solche massive Besteuerung rückt die Anschaffungskosten von E-Zigaretten in die Nähe der Tabakpackungen und nimmt damit den finanziellen Anreiz für den Rauchstopp. Dies bestraft ausgerechnet jene Produkte, die für viele Raucher den niederschweligen Einstieg in den Rauchstopp darstellen.

VI. Disproportionale Importmengen:

In Anhang 3a schlägt die Gleichbehandlungs-Logik in eine aktive Benachteiligung um: Während 250 Zigaretten (Monatsbedarf) zollfrei bleiben, wird die Liquidmenge auf lediglich 50 ml begrenzt. 50 ml Liquid decken für viele Dampfer kaum den Bedarf für 10 Tage, während Raucher ihren vollen Monatsbedarf decken dürfen. Diese Regelung behandelt die weitaus schädlichere Zigarette deutlich großzügiger als die schadensminimierte Alternative.

3. Fazit

Die World Vapers' Alliance fordert eine Abkehr von der pauschalen Gleichbehandlung von Tabak und E-Zigaretten. Eine verantwortungsvolle Tabakpolitik muss risikogerechte Unterschiede machen, um Rauchern den Umstieg zu erleichtern, statt die Alternative durch dieselben Hürden wie das Originalprodukt zu blockieren.

—

Kontakt:

Michael Landl

Leiter der World Vapers' Alliance

michael@worldvapersalliance.com